Laut der Menschenrechtsgruppe *B'Tselem* ist Israel ein nicht-demokratisches Apartheid-Regime

Oliver Holmes, theguardian.com

Botschaftssprecher weist „falsche Behauptungen“ in Bericht zurück, der besagt, dass die Vormachtstellung der Juden gegenüber den Palästinensern politisch aufrechterhalten wird.

Israel ist keine Demokratie, sondern ein „Apartheid-Regime“, das die jüdische Vorherrschaft über das gesamte von ihm kontrollierte Land ausübt, behauptet eine führende israelische Menschenrechtsgruppe in einem Positionspapier, das heftige Kontroversen auslösen wird.

*Es ist **ein** Regime vom Jordan bis zum Mittelmeer und wir müssen das Gesamtbild betrachten und es als das sehen, was es ist: Apartheid.*

Hagai El-Ad, Geschäftsführer B'Tselem

„Einer breiten Palette israelischer Politik liegt ein organisatorisches Prinzip zugrunde: die Förderung und Aufrechterhaltung der Vorherrschaft einer Gruppe, der Juden, über eine andere, die der Palästinenser“, so *B'Tselem,* eine Organisation, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert.

Der Sprecher der israelischen Botschaft in Großbritannien, Ohad Zemet, wies den Bericht als „Werkzeug der Propaganda“ zurück und erklärte „Israel lehnt die falschen Behauptungen in dem sogenannten Bericht ab, da er nicht auf der Realität, sondern auf einer verzerrten ideologischen Sichtweise beruht“.

Keine zeitlich begrenzte Besatzung

B'Tselem erklärte, es lehne die vorherrschende Ansicht ab, dass Israel zwei getrennte Herrschaftssysteme gleichzeitig betreibe, nämlich eine Demokratie innerhalb seines souveränen Territoriums, während es gleichzeitig seit einem halben Jahrhundert einen Militärherrschaft über die Palästinenser in den besetzten Gebieten ausübe. „Israel ist keine Demokratie, die eine zeitlich begrenzte Besatzung ausübt“, sagte Hagai El-Ad, Geschäftsführer der Organisation. „Es ist ein Regime vom Jordan bis zum Mittelmeer und wir müssen das Gesamtbild betrachten und es als das sehen, was es ist: Apartheid.“

Zu diesen Gebieten gehören die Westbank und Ostjerusalem, die Israel im Krieg von 1967 von Jordanien erobert hat, sowie der Gazastreifen, den es im selben Krieg von Ägypten erorberte und in dem sein Militär bis 2005 stationiert war.

Die veränderte Wahrnehmung darüber, dass es sich um Apartheid handelt, ist Teil einer Bewegung, die von AktivistInnen angeführt wird, die den Beweis in den [neuesten] israelischen Annexionsdrohungen sehen, dass die Besatzung permanent ist, sowie nach den jüngsten Gesetzen, die zusätzliche politische Rechte für Juden gegenüber Arabern verankern.

Yesh Din, eine andere israelische Menschenrechtsgruppe, veröffentlichte letzten Sommer ein Rechtsgutachten, in dem die Organisation argumentierte, dass in der Westbank Apartheid herrscht. Doch der Bericht von *B'Tselem* geht noch weiter und erklärt, Israel habe ein System über das gesamte Gebiet geschaffen, in dem jüdische Bürger volle Rechte haben, dass Palästinenser jedoch in vier Rechtsstufen mit verschiedenen

Ebenen eingeteilt sind, je nachdem, wo sie leben, jedoch immer unterhalb der jüdischen Bevölkerung.

Am untersten Ende, so der *B'Tselem*-Bericht, stehen die rund 2 Millionen PalästinenserInnen im zutiefst verarmten Gazastreifen, der zwar von der militanten Gruppe Hamas regiert wird, jedoch von der israelischen Politik derart blockiert wird, dass dadurch „faktische Kontrolle“ ausgeübt wird.

Experten der UN: Eine Annexion bedeutet die Verfestigung einer bereits ungerechten Realität: Zwei Völker, die auf demselben Gebiet leben, vom selben Staat regiert werden, aber mit zutiefst ungleichen Rechten. „Dies ist die Vision von Apartheid im 21. Jahrhundert“.

Eine Stufe über ihnen, so *B'Tselem*, stehen die rund 2,7 Millionen palästinensischen „Untertanen“ in der Westbank, die in „Dutzenden unzusammenhängender Enklaven, unter strikter Militärherrschaft und ohne politische Rechte“ leben.

Den in den 1990er Jahren unterzeichneten Abkommen zufolge, haben die PalästinenserInnen in der Westbank eine begrenzte Selbstverwaltung, obwohl die Palästinensische Autonomiebehörde so *B'Tselem* „immer noch Israel unterworfen ist und ihre begrenzten Befugnisse nur mit Israels Zustimmung ausüben kann“.

Als nächstes in der Hierarchie stehen die rund 350.000 Palästinenser, die in Ost-Jerusalem leben. Israel hat diesen Bewohnern die Staatsbürgerschaft angeboten, viele haben das jedoch aus Prinzip abgelehnt und viele derjenigen, die es versuchen, werden abgelehnt.

Auf der höchsten Stufe der Hierarchie stehen *B'Tselem* zufolge die palästinensischen BürgerInnen Israels, die die volle Staatsbürgerschaft besitzen und etwa ein Fünftel aller Israelis ausmachen. Dennoch, erklärt *B'Tselem*, stehen auch diese BürgerInnen in der Hierarchie unter den jüdischen BürgerInnen, und verweist auf Landdiskriminierung (1), Einwanderungsgesetze, die Juden bevorzugen (2), und ein Gesetz, das jüdischen Menschen zusätzliche politische Rechte einräumt (3).

In seiner Antwort erklärte der israelische Diplomat, Ohad Zemet, dass alle israelischen Bürger volle Rechte hätten und Araber „in allen Branchen der Regierung vertreten sind, im israelischen Parlament, in den Gerichten (einschließlich des Obersten Gerichtshofs), im öffentlichen Dienst und sogar im diplomatischen Korps, wo sie den Staat Israel in der ganzen Welt vertreten“.

Im Jahr 2017 hatte die *UN Economic and Social Commission for Western Asia* als erstes UN-Gremium in Israel Apartheid festgestellt (4), was nach internationalem Recht ein Verbrechen darstellt. Dies wurde von Israels vorherigem Außenminister als Nazipropaganda bezeichnet. Die Führung der UNO unterstützte die Veröffentlichung des Berichts nicht, der später von ihrer Website entfernt wurde.

> **Pako-Hinweis**: Der Bericht wurde zwar entfernt, aber auf der Website des UNESCWA gibt es einen Artikel darüber, der unter folgendem Link zu finden ist: **ESCWA Launches Report on Israeli Practices Towards the Palestinian People and the Question of Apartheid**
> https://www.unescwa.org/news/escwa-launches-report-israeli-practices-towards-palestinian-people-and-question-apartheid

Nachdem der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu im letzten Jahr angekündigt hatte, Teile des

Westjordanlandes annektieren zu wollen, wiesen 47 UN-Experten darauf hin, dass dies „die Verfestigung einer bereits ungerechten Realität wäre: zwei Völker, die auf demselben Gebiet leben, vom selben Staat regiert werden, aber mit zutiefst ungleichen Rechten“ (5). Sie fügten hinzu: „Dies ist die Vision von Apartheid im 21. Jahrhundert“.

Netanjahu hat seine Annexionspläne verschoben. Mehrere israelische und palästinensische Menschenrechtsgruppen, darunter *B'Tselem*, sind aber der Meinung, dass Israel bereits eine „de facto“-Annexion des Westjordanlandes praktiziert, mit mehr als 400.000 jüdischen Siedlern, die gleichen Rechte und viele der gleichen Dienstleistungen genießen, wie andere Israelis.

Quelle:
https://www.theguardian.com/world/2021/jan/12/israel-is-a-non-democratic-apartheid-regime-says-rights-group

(1) https://www.hrw.org/news/2020/05/12/israel-discriminatory-land-policies-hem-palestinians

(2) https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/return.htm

(3) https://www.theguardian.com/world/2018/jul/19/israel-adopts-controversial-jewish-nation-state-law

(4) https://www.reuters.com/article/us-israel-palestinians-report-idUSKBN16M2IN

(5) https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25960&LangID=E

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Zum Bericht auf der Website von B'Tselem:

A regime of Jewish supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This is apartheid

https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid